

Investitions- und Industrialisierungs- probleme in Entwicklungsländern

Herausgegeben von

Bernhard Pfister



VERLAG VON DUNCKER & HUMBLLOT
BERLIN 1971

Schriften des Vereins für Socialpolitik
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Neue Folge Band 60

SCHRIFTEN
DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 60

Investitions- und Industrialisierungs-
probleme in Entwicklungsländern



VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT
BERLIN 1971

Investitions- und Industrialisierungs- probleme in Entwicklungsländern

Herausgegeben von

Bernhard Pfister



VERLAG VON DUNCKER & HUMBLLOT
BERLIN 1971

Alle Rechte vorbehalten

© 1971 Duncker & Humblot, Berlin 41
Gedruckt 1971 bei Berliner Buchdruckerei Union GmbH., Berlin 61
Printed in Germany
ISBN 3 428 02552 0

Vorbemerkung

Die Abhandlungen dieses Sammelbandes sind z. T. ergänzte, jedoch im wesentlichen unveränderte Vorträge, welche auf den Arbeitstagungen des Ausschusses für Entwicklungsländer des Vereins für Socialpolitik in den Jahren 1966, 1967 und 1968 gehalten wurden.

Der Beitrag des leider so früh verstorbenen Dr. Hans-Gerhard Voigt wurde freundlicherweise von Prof. Dr. Harald Jürgensen durchgesehen.

Bernhard Pfister

Inhaltsverzeichnis

Eine dynamische Theorie der Wirtschaftsordnung als Lösung ordnungspolitischer Probleme der Entwicklungsländer Von Dr. <i>R. Blum</i> , Münster	1
Außenhandelsstruktur, komparative Kosten und nationale Integration in Entwicklungsländern Von Dr. <i>U. P. Ritter</i> , Universität Göttingen	29
Die Rolle der Stahlindustrie im Industrialisierungsprozeß der Entwicklungsländer Von Dr. <i>H.-G. Voigt</i> †, Institut für Europäische Wirtschaftspolitik, Hamburg	51
Internationaler Währungsfonds, Weltbank und Auslandsinvestitionen unter Berücksichtigung der Investitionsschutzgesetzgebung Von <i>F. W. v. Schelling</i> , Hamburg	81
Wirtschaftspolitik der Entwicklungsländer und Auslandsinvestitionen Von Dr. <i>Thiessen</i> und Dr. <i>G. Cordemann</i> , Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main	109
Ursache und Auswirkungen der Ergebnisse der Welt-Handelskonferenz von Neu-Delhi 1968 Von Dr. <i>M. Timmler</i> , Bad Godesberg	139
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und industrielle Entwicklung in Ost- und Zentralafrika Von Dr. <i>T. Oursin</i> , Weltbank Washington	157

Eine dynamische Theorie der Wirtschaftsordnung als Lösung ordnungspolitischer Probleme der Entwicklungsländer

Von *Reinhard Blum*, Münster/W.

I. Der ordnungspolitische Ausgangspunkt

Das christliche Abendland hat Jahrhunderte gebraucht, um die freiheitliche und demokratische Gesellschaftsordnung zu entwickeln, zu der wir uns heute bekennen. Ausgangspunkt ist die Souveränität des Individuums. Es wurde zwar von den Fesseln eines autoritären Staates befreit, blieb aber eingebettet in eine jahrhundertealte Tradition. In ihr findet auch heute noch die Souveränität des Individuums seine Grenze und der Staat sein Fundament. Dieser demokratische Staat ist also mehr als die Summe der Interessen aller souveränen Individuen. Er wird außerdem getragen von einer organisch gewachsenen Idee von der Ordnung der Gesellschaft.

Einen entscheidenden Beitrag zur politischen Befreiung des Individuums hat das wirtschaftlich erstarkte Bürgertum geleistet. Seine ständig wachsende wirtschaftliche Macht bildet ein Gegengewicht zum autoritären Staat. In der Wirtschaft wenigstens glaubt man einen Bereich zu erkennen, in dem der Staat überflüssig ist, ja sogar Schaden stiftet. Denn er greift in eine als „natürlich“ empfundene Ordnung im wirtschaftlichen Bereich ein. Sie wird getragen von dem Eigeninteresse der Individuen, die sich in einem erbarmungslosen Wettbewerb selbst kontrollieren und dabei gegenseitig zu Höchstleistungen zwingen. Auf diese Weise führt das uneingeschränkte wirtschaftliche Eigeninteresse auch gleichzeitig zum größten wirtschaftlichen Erfolg für die gesamte Gesellschaft. Dirigent dieses Prozesses ist der souveräne Konsument. Er spielt im wirtschaftlichen Bereich dieselbe Rolle wie das souveräne Individuum im politischen Bereich¹. Jedoch wird der Staat in der Wirtschaft überflüssig — selbst der demokratische; denn der Markt gilt als viel

¹ Zu dieser Parallele vgl. Leonhard Miksch, Die Wirtschaftspolitik des Als OB. „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“. Tübingen. Bd. 105 (1949), S. 332. Hans Albert, Rationalität und Wirtschaftsordnung. Grundlagenprobleme einer rationalen Ordnungspolitik. In: Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft. Andreas Predöhl aus Anlaß seines 70. Geburtstages gewidmet. Herausgegeben von Harald Jürgensen. Göttingen 1964, S. 86 ff. (Der Band bildet gleichzeitig den Aufsatzteil von Heft 3 des „Jahrbuch für Sozialwissenschaft“, Bd. 14 (1963)).

bessere Instanz zur Koordinierung von Einzelinteresse und Gemeinwohl. Die Summe der wirtschaftlichen Einzelinteressen wird mit dem Gemeinwohl identifiziert. Die Ordnung der Wirtschaft scheint dem Freiheitsprinzip noch besser zu entsprechen als eine demokratische Ordnung im politischen Bereich, denn selbst der Staat ist überflüssig. Auf diese Weise verbindet der Wirtschaftsliberalismus den demokratischen Staat mit der wirtschaftlichen Freiheit, den wirtschaftlichen Egoismus mit dem Gemeinwohl. Der Freihandel ist die entsprechende Ordnung für die wirtschaftlichen Beziehungen mit anderen Staaten. Er gilt gleichzeitig als die beste Garantie für ein friedliches Zusammenleben der Völker².

Die derart von autoritären Fesseln befreite Wirtschaft entwickelt eine ungeheure Effizienz, führt jedoch zu Disproportionalitäten zwischen Eigeninteresse und Gemeinwohl, die die liberale Wirtschaftsordnung als „Kapitalismus“ diskreditieren. *Marx* findet deshalb für seine alternative Ordnung ohne Privateigentum an Produktionsmitteln eine zahlreiche Anhängerschaft. Um die sozialen Spannungen zu beseitigen, erhält der Staat die Aufgabe, eine ausgleichende Sozialpolitik zu betreiben. Die von *Bismarck* in Deutschland geschaffene Sozialordnung bleibt lange Zeit vorbildlich. Einschneidender sind jedoch die Korrekturen, die die liberale Ordnung der Wirtschaft schon relativ früh im außenwirtschaftlichen Bereich erhält³. Die wirksamste Begründung hat *List* mit seinem „Erziehungszoll-Argument“ geliefert.

Hier klingt der Gedanke einer bewußten Ordnung des freien Wettbewerbs an, die die wirtschaftliche Freiheit beschränkt. Eine solche bewußte Ordnung der Wirtschaft wird aber erst mit dem Ordoliberalismus zum Bestandteil des Wirtschaftsliberalismus, als dritter Weg zwischen dem diskreditierten „Kapitalismus“ und dem als Kollektivismus empfundenen Sozialismus⁴. Man möchte sich nicht mit bloßen sozialpolitischen Korrekturen zufrieden geben, sondern die — kollektivi-

² Siehe dazu *Walter G. Hoffmann*, Die Idee der internationalen wirtschaftlichen Interessensolidarität. In: Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft, a. a. O., S. 33 f.

³ Siehe dazu ebenda, S. 32 ff.

⁴ Siehe *Wilhelm Röpke*, Die Lehre von der Wirtschaft. 9., durchgesehene Auflage. Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1961, S. 316 ff. An anderer Stelle spricht *Röpke* (*Civitas Humana. Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform*. 3. Auflage. Erlenbach-Zürich 1949, S. 18 f.) von der „dritten Alternative“, die einen Zweifrontenkrieg“ eröffnen muß „gegen die Verteidiger des Status quo einer entarteten Marktwirtschaft und gegen die Kollektivistinnen aller Grade und Arten“. Im Vorwort des ersten Bandes von „Ordo“ (Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft. Herausgegeben von *Walter Eucken* und *Franz Böhm*. Godesberg 1948, S. X) wird festgestellt, daß die angestrebte Wettbewerbsordnung von der „Wirtschaftsordnung vorwiegend zentralverwaltungswirtschaftlicher Art“ und einer „sog. freien Wirtschaft“ gleich weit entfernt sei.

stische — Struktur der Wirtschaft wieder auf Formen zurückführen, die die Unabhängigkeit der am Wirtschaftsprozeß Beteiligten wiederherstellen und einen „wirklich freien“ Wettbewerb garantieren sollen. Diese Idee der Wirtschaftsordnung läßt sich vielleicht am besten mit dem von *Samuelson*⁵ geprägten Ausdruck „neoklassische Synthese“ charakterisieren. Die Frontstellung zum „Kollektivismus“ zwingt zur scharfen Abgrenzung der liberalen Prinzipien zu den kollektivistischen der „Zentralverwaltungswirtschaft“. Deshalb hat es nicht wenig Verwirrung gestiftet, daß die Suche nach dem dritten Weg, der „Kombination von Freiheit und Ordnung“⁶ gekoppelt ist mit einer scharfen Trennung der möglichen Ordnungsformen nach nur zwei mit einander unvereinbaren „Ordnungsprinzipien“, dem der Marktwirtschaft und dem der Zentralverwaltungswirtschaft⁷. Dieses „tertium non datur“ charakterisiert die ordnungspolitischen Diskussionen der Nachkriegszeit, gemildert durch das Zugeständnis einer großen Zahl von „kombinativen Möglichkeiten und somit von Ordnungsgefügen“⁸.

Im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, das den ordoliberalen Grundgedanken — mit teilweise „revolutionärer“ ordnungspolitischer Zielsetzung⁹ — der Wirklichkeit anzupassen versucht, wird der Dualismus der Ordnungsprinzipien eher noch stärker hervorgehoben, da die Soziale Marktwirtschaft als politische Leitidee¹⁰ zunächst Konzessionen an die — in großem Umfang sozialistische — Zeitströmung machen und deshalb den grundsätzlichen Unterschied zwischen Marktwirtschaft und „Lenkungswirtschaft“¹¹ noch stärker betonen mußte.

⁵ Vgl. Paul A. *Samuelson*, Volkswirtschaftslehre. Eine Einführung. Zweite, vollständig neu bearbeitete Auflage. Aus dem Amerikanischen übertragen und eingeleitet von Wilhelm *Hankel*. Köln 1955, S. 12 und 615 ff.

⁶ W. *Röpke*, Die Lehre von der Wirtschaft, a. a. O., S. 316.

⁷ Vgl. *derselbe*, Civitas Humana, a. a. O., S. 38; Walter *Eucken*, Die Grundlagen der Nationalökonomie. 5., veränderte Auflage. Godesberg 1947, S. 127.

⁸ Paul K. *Hensel*, Strukturgegensätze oder Angleichungstendenzen der Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme von Ost und West? In: *Ordo*, Bd. 12 (1960/61), S. 310.

⁹ Sie ist besonders ausgeprägt bei W. *Röpke*, der die Vertreter einer liberalen Ordnung ermuntert, sie sollten sich im „antikapitalistischen Radikalismus nicht von Sozialisten übertreffen lassen“ (*Civitas Humana*, a. a. O., S. 45).

¹⁰ Siehe dazu Hans-Jürgen *Seraphim*, Kritische Bemerkungen zur Begriffs- und Wesensbestimmung der Sozialen Marktwirtschaft. In: *Wirtschaftsfragen der freien Welt*. Zum 60. Geburtstag von Bundeswirtschaftsminister Ludwig *Erhard*. Herausgegeben von Erwin *Beckerath*, Fritz *Meyer*, Alfred *Müller-Armack*. Frankfurt a. M. 1957, S. 184, S. 187 f. Siehe dazu auch R. *Blum*, Soziale Marktwirtschaft. Wirtschaftspolitik zwischen Neoliberalismus und Ordoliberalismus. In: *Schriften zur angewandten Wirtschaftsforschung*. 18. Tübingen 1969.

¹¹ Diese Alternative schien Alfred *Müller-Armack* treffender zu sein als „Planwirtschaft und Marktwirtschaft“. Siehe dazu *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*. Hamburg 1947, insbesondere S. 59 und S. 67.